

Ein Aktienpaket von 26,75 Prozent an dem Finanzvertrieb **MLP AG**, Wiesloch, hat der schweizerische Versicherungskonzern **Swiss Life** vom Vorstandsvorsitzenden der **AWD Holding AG**, Hannover, Carsten Maschmeyer, erworben. Der Gesamtbetrag der Transaktion wird auf 307 Millionen Euro beziffert. Darüber hinaus veräußert Maschmeyer seine verbliebene Beteiligung von 10,46 Prozent an AWD zum Preis des ursprünglichen öffentlichen Übernahmeangebotes für insgesamt rund 120 Millionen Euro an Swiss Life. Der Schweizer Konzern hält damit 96,71 Prozent der Aktien des Hannoveraner Finanzvertriebs. Im Gegenzug will der AWD-Gründer für mindestens 300 Millionen Schweizer Franken Swiss-Life-Aktien erwerben und wird mit einer Beteiligung von rund drei Prozent größter privater Aktionär des Unternehmens.

Sein Dienstleistungsangebot auf dem asiatischen Markt erweitert der Zahlungsabwickler **Wirecard AG**, Grasbrunn, um ein weiteres regionales chinesisches Zahlungsverfahren. In diesem Zusammenhang ist der Anbieter eine Allianz mit dem Shanghaier Wettbewerber **IPS** eingegangen. Letzterer kann als erster Zahlungsdienstleister in China internationale Kreditkartentransaktionen in Echtzeit akzeptieren. Gemeinsam sollen Zahlungs- und Risikomanagementlösungen für den europäischen und chinesischen Markt angeboten werden.

In einem Rundschreiben hat die **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)**, Bonn, die Regeln zur Überwachung von Mitarbeitergeschäften konkretisiert. Demnach müssen Banken künftig verhindern, dass ihre Mitarbeiter eigene Angehörige als Kunden bevorzugt Orders zuteilen oder ihnen andere Vorteile verschaffen. Um insbesondere den privaten Missbrauch von Insiderinformationen zu unterbinden, sollen sich die Institute zum Beispiel Aufstellungen aller getätigten Geschäfte von der Depotbank ihrer Angestellten zuschicken lassen, was gegenwärtig schon praktiziert werde.

Ihre US-amerikanische Tochter **Union Bank of California (UnionBanCal)** will die japanische Bank **Mitsubishi UFJ Financial Group (MUFG)** vollständig übernehmen. Nachdem ein erstes Angebot von 63 US-Dollar pro Aktie von der kalifornischen Unternehmensführung als zu niedrig abgelehnt wurde, bietet MUFG für das ausstehende gute Drittel der Anteile den

9. August 2008 bis 22. August 2008

Aktionären nunmehr 73,50 US-Dollar pro Aktie. Damit wurde das Angebot um 17 Prozent auf insgesamt 3,5 Milliarden US-Dollar angehoben, zuvor hatte es einer Prämie von gut acht Prozent auf den letzten Schlusskurs entsprochen. Dem neuen Angebot habe der Verwaltungsrat nun zugestimmt. UnionBanCal ist an der New Yorker Börse gelistet.

Nach Ablauf der bis Mitte August dieses Jahres verlängerten Annahmefrist für die zuvor ausgesprochene Barofferte hielt **ING Direct**, die Direktbanksparte des niederländischen ING-Konzerns, insgesamt 91,21 Prozent am Münchener Baufinanzierungsvermittler **Interhyp AG**, München. ING Direct hatte Mitte Mai erklärt, das Münchener Institut für 64 Euro je Aktie beziehungsweise insgesamt rund 416 Millionen Euro übernehmen zu wollen.

Mit der Eintragung ins Handelsregister Mitte August dieses Jahres ist die **Hypothekenbank in Essen (Essen Hyp)** als Staatsfinanzierer auf die Eurohypo AG, Eschborn, verschmolzen worden, die Immobilienfinanzierungstochter der **Commerzbank AG**, Frankfurt am Main. Anfang Juli waren die Aktien der Essen Hyp vom Frankfurter Institut auf die benachbarte Immobilien-Tochter übergegangen. Im November vergangenen Jahres hatte die Commerzbank die ausstehenden 49 Prozent an der Essen Hyp von der **Dr. Schuppli-Gruppe** übernommen.

Konkretere Vorgaben zum Risikomanagement von Investmentfonds plant der **europäische Regulierungsausschuss für die Wertpapiermärkte (CESR)**. Insbesondere sollen die in einem Konsultationspapier dargestellten strikteren Regeln für solche Fonds gelten, die in Verbriefungspapiere wie Asset Backed Securities (ABS) oder in außerbörslich gehandelte Derivate investieren. Bis Mitte Oktober dieses Jahres können Branchenvertreter Stellung nehmen. Im Mittelpunkt des Regelwerks stehen dabei mögliche Liquiditätsschwierigkeiten. Zudem plädiert der Ausschuss für Stresstests, die die Auswirkungen von extremen Kapitalmarktentwicklungen simulieren.

Nachdem es vor einem Jahr im Rahmen der sich abzeichnenden Finanzkrise zur Schließung des Asset-Backed-Securities-Fonds **FT ABS-Plus** gekommen war, hat die Fondsgesellschaft **Frankfurt Trust Investment-Gesellschaft mbH**, Frankfurt am Main, den Fonds mit Wirkung zum 21. August 2008 wieder geöffnet. Aufgrund der bei Fondsöffnung zu berücksichtigenden immer noch sehr hohen Liquiditätsabschläge auf die Bewertungskurse von ABS-Titeln lag der Anteilspreis zu diesem Zeitpunkt bei 29,03 Euro, und damit rund 30 Prozent niedriger als vor der Schließung. Verbunden mit der Öffnung wurde zudem eine Rückgabefrist von 30 Kalendertagen eingeführt.

Ab Januar 2009 trennt die **Commerzbank AG**, Frankfurt am Main, die Geschäftsfelder Wealth Management – hier sind die Private-Banking-Aktivitäten gebündelt – sowie Privat- und Geschäftskunden organisatorisch voneinander. Damit seien Anpassungen im Filialnetz verbunden; die Zahl der Geschäftsstellen und ihre personelle Ausstattung sollen jedoch unverändert bleiben. Bisher war das Segment regional in 20 Gebietsfilialen organisiert. Künftig wird das Wealth Management fünf, das Geschäftsfeld Privat- und Geschäftskunden zehn Gebietsfilialen umfassen.

Zehn neue Geschäftsstellen will die **Commerzbank AG**, Frankfurt am Main, zum Oktober dieses Jahres im Stadtgebiet von Hamburg eröffnen. Damit steigt die Zahl der Commerzbank-Filialen in der Hansestadt auf 37 an. Bis Ende des Jahres 2009 will das Institut die Kundenzahl in der Stadt um 15 000 auf insgesamt 165 000 steigern.

Einen Vertrag zur Übernahme der **IKB Deutsche Industriebank AG**, Düsseldorf, haben der bisherige Eigentümer, die bundeseigene **KfW Bankengruppe**, Frankfurt am Main, und US-amerikanischen Finanzinvestor **Lone Star** unterzeichnet. Danach erwirbt Lone Star den gesamten Anteil der Förderbank an der IKB in Höhe von rund 90,8 Prozent. Die bilanziellen Gesamtbelastungen aus der IKB-Krise beziffert die KfW per 31. Dezember 2007 auf 7,2 Milliarden Euro. Mit Abschluss der Transaktion sollen weitere bilanzielle Belastungen für die KfW in Höhe von maximal zehn Prozent der bisherigen Rettungsmaßnahmen entstehen (siehe auch Gespräch des Tages in diesem Heft).